

Statement

GEW-Vorsitzender Ulrich Thöne
10. November 2009, Berlin
(Es gilt das gesprochene Wort.)

Die Aktionen der Studierenden, Schülerinnen und Schüler während des Bildungsstreiks im Juni waren hervorragend. Die Protestformen bunt und vielfältig, eine gute Mischung, mit der die Organisatoren mehr junge Menschen mobilisierten als viele ihnen zugetraut hatten.

Jetzt müssen wir Bilanz ziehen und einen Blick in die Zukunft werfen, wie soll, wie kann es weiter gehen?

Nach den Streikaktivitäten sahen sich viele Politikerinnen und Politiker gezwungen, auf die Studierenden und Schüler zuzugehen. Bildungsministerin Annette Schavan (CDU) bat zum Gespräch. Doch seien wir ehrlich: So fürchterlich viel ist danach nicht mehr passiert. Doch wir müssen uns auch nicht kleiner machen, als wir sind: Durch die Streiks ist beispielsweise viel Bewegung in die Bachelor-Diskussion gekommen. Hier müssen wir am Ball bleiben: Die Kultusministerkonferenz agiert noch viel zu verhalten, bei den Hochschulrektoren wird die Debatte noch einmal neu geführt. Immerhin!

Die zentrale Forderung, die alle Protestierenden und Unterstützer geeint hat, ist aber noch nicht erfüllt: eine Kehrtwende in der Bildungspolitik zu initiieren! Kehrtwende heißt: Bildungsarmut zu bekämpfen, Chancengleichheit herzustellen und gute Bildung für alle Menschen zu garantieren. Dafür braucht es einen langen Atem! Gerade jetzt, da die schwarz-gelbe Koalition noch stärker auf Privatisierungen im Bildungsbereich setzt und ihre Wählerklientel aus Bürgertum und der Gruppe der Besserverdienenden mit Wohltaten bedient – und die sozial Schwächeren auf der Strecke bleiben.

Deshalb fordert die GEW:

- 40 Milliarden Euro pro Jahr für den Bildungsbereich zusätzlich. Ein großer Teil des Geldes muss insbesondere in die institutionelle Förderung von Kindern aus sozial schwächeren und Migrantenfamilien gesteckt werden.

- Die Ganztagsangebote müssen ausgebaut werden: Mehr und qualitativ bessere Krippen-, Kita-Plätze und Ganztagschulen gehören auf die politische Tagesordnung. Die „Eine Schule für alle Kinder“, die die Auslese der Kinder stoppt und alle individuell fördert, lautet das Gebot der Stunde.
- In der Hochschul- und Forschungspolitik brauchen wir über die bereit gestellten 18 Milliarden Euro hinaus einen ‚Hochschulpakt III‘. Um die Zahl der Akademiker spürbar zu erhöhen, müssen mindestens 370.000 zusätzliche Studienplätze vollständig ausfinanziert werden. Die Ausbildungsförderung muss ausgebaut und strukturell erneuert werden: Die staatlichen Mittel für das BAföG sollen erhöht und die Förderstrukturen in Richtung eines elternunabhängigen und zuschussbasierten Studienhonorars weiter entwickelt werden.
- Im Bologna-Prozess brauchen wir einen radikalen Kurswechsel, der die soziale Dimension des europäischen Hochschulraumes stärkt, den uneingeschränkten Übergang vom Bachelor zum Master gewährleistet, die Studierbarkeit sichert, die Mobilität der Studierenden und Beschäftigten fördert sowie Studium und Lehre verbessert.
- Innovation durch Partizipation in Schulen, Hochschulen und anderen Bildungseinrichtungen statt Autonomie durch Autokratie: Dafür müssen die Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsrechte der Studierenden, der Schülerinnen und Schüler sowie der Beschäftigten ausgebaut und die staatliche Verantwortung für das Bildungswesen gestärkt werden.

Für diese Ziele und Forderungen unterstützt die GEW die Aktivitäten der Studierenden und Schüler.